

Hilden, 22.01.2015

Antrag zum Haushalt 2015

Produktnummer und Produktname:

Rubriknummer der Ergebnis- oder Finanzplanposition und ggf. Kostenart:

Investitionsnummer:

Änderungswunsch in €/welches Jahr:

Antrag:

In folgenden Produkten werden die folgenden Stellen bzw. Stellenanteile gestrichen. Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Ratssitzung am 17.06.2015 konkret mitzuteilen, an welchen Stellen die entsprechenden KW-Vermerke im Stellenplan angebracht werden.

010201	- 1,0
010601	- 0,5
010604	- 5,0
010605	- 0,4
010607	- 1,0
010608	- 0,22
010701	- 0,37
010801	- 0,2
010804	- 3,78
010901	- 0,92
010906	- 1,0
010907	- 0,5
010908	- 0,5
011001	- 1,0
011104	- 0,51
011101	- 0,31 bei kü KAV

011201	- 0,5
011301	- 0,5
011302	- 2,5
020201	- 0,5
020206	- 0,35
020703	- 0,22
021001	- 0,3
021401	- 0,25
030201	- 0,5
040201	- 0,61
040601	- 0,64
040801	- 0,5
050301	- 0,5
060301	- 1,5 (immer noch oberhalb von 2012)
060305	- 0,5
060312	- 0,46
060316	- 0,45
080102	- 0,3 (Stand 2013)
090101	- 0,5
090301	- 1,5
090501	- 1,15
100402	- 0,42
100501	- 0,4
100801	- 0,55
110202	- 1,5 (immer noch oberhalb von 2012)
110302	- 0,6
120101	- 1,0
120105	- 1,0
130101	- 0,5
130303	- 0,42
130601	- 1,5
150101	- 1,0

- 40,33

Begründung:

Eine nachhaltige Sanierung des Haushaltes wird nur gelingen, wenn die Personalkosten dauerhaft gesenkt werden. Die AfD ist der Meinung, dass eine sachgerechte Erledigung der Aufgaben in den jeweiligen Produkten auch mit 6 % weniger Personal zu bewältigen ist.

gez. Prof. Dr. Bommermann (Fraktionsvorsitzender)

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag 012 der AfD

010201	Dienste der Verwaltungsführung und Repräsentation
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	11,86
kw-Vorschlag:	-1,0
<p>Dem Produkt 010201 „Dienste der Verwaltungsführung und all. Repräsentation“ sind 8 Vollzeitstellen zu je 100 Prozent und 5 Stellen mit jeweils unterschiedlichen Zeitanteilen zwischen 25 und 95 Prozent zugeordnet.</p> <p>Zu 100 Prozent zugeordnet sind</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bürgermeisterin und Sekretariat • Dezernent I und Vorzimmer • Dezernent III und Vorzimmer • Dezernentin IV und Vorzimmer <p>Die übrigen Stellen sind dem Team Bürgermeisterbüro zugeordnet, wobei keine Stelle ausschließlich für das Produkt 010201 tätig ist, sondern alle ebenfalls für 010101 (Dienste für Rat, Ausschüsse und Fraktionen) und 011501 (Paten- und Partnerschaften). Im nachfolgenden sind die wesentlichen Aufgaben des Teams Bürgermeisterbüro für dieses Produkt aufgelistet:</p> <p>Allgemeine Dienste der Verwaltungsführung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Leitung, Koordinierung, Überwachung u. Organisation des Dienst- und Geschäftsbetriebes Team Bürgermeisterbüro • Sitzungsdienst Verwaltungsvorstand, Rat, HFA, PPA • Teilnahme an externen und internen Arbeitskreisen • Korruptionsprävention • Teilnahme an Besprechungen / Terminen des Bürgermeisters • Fertigung oder abschließende Bearbeitung von Vorlagen und Berichten an den Bürgermeister, Aufsichtsbehörden pp. • Informationsbeschaffung und Erstellung von Konzepten • Kontakte zu den Fraktionen, Ratsmitgliedern • Angelegenheiten der Gemeindeverfassung und –vertretung <p>Mitwirkung an der Vorbereitung und Durchführung von Sonderaktionen und Erledigung von Sonderaufgaben (z.B. Volkstrauertag, Stolpersteine, Stadtjubiläum, WDR2 für eine Stadt)</p> <p>Bürgerbeteiligung/Förderung des Ehrenamtes</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit bei Bürgeranregungen und -beschwerden nach § 24 GO • Organisation und Betreuung des Beschwerdemanagements • Konzeption und Durchführung von Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements <p>Repräsentation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Planung, Durchführung und Mitarbeit bei Stadtempfängen • Ehrungen verdienter Persönlichkeiten • Bearbeitung Bundesverdienstorden/Landesverdienstorden • Führungen durch das Rathaus und Bürgerhaus • Beschaffung und Verwaltung von Ehrengeschenken • Verfassen von Gruß- und Geleitworten und Reden • Verwaltung von Adressdateien • Altengeburtstage <p>Haushaltsangelegenheiten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rechnungsstelle • Arbeitskreis Kostenleistungsrechnung • Planung der Haushaltsmittel für die Produkte des Team BGM 	

Fahrdienste

- für die Bürgermeister und Verwaltungsvorstand
- für Postzustellungen
- für Mandatsträger bei offiziellen Empfängen oder sonstigen mandatsbedingten Terminen

- für förmliche Zustellungen von Amts wegen
- Transporte (Museum, Kunst- und Brauchtumsausstellungen, Hilfsgütertransporte pp.)
- Mitarbeit bei der Verwaltung des Fahrzeugpools

Die Auslastung der Teammitarbeiter ist projekt- und anlassbezogen unterschiedlich hoch. Bei offiziellen Anlässen wie Empfänge oder Delegationsbesuche sind regelmäßig mehrere Mitarbeiter, teilweise alle Mitarbeiter gebunden. Um eine termingerechte Erledigung aller Aufgaben (auch die Aufgaben anderer Produktgruppen) sicherzustellen, ist die Aufgabenerledigung vielfach nicht einem einzelnen Mitarbeiter alleine übertragen, sondern werden je nach Auslastung des einzelnen Mitarbeiters von anderen Teammitarbeitern übernommen. Sofern eine Vollzeitstelle eingespart werden soll, müsste der Rat konkret bestimmen, welche Aufgaben nicht mehr durchgeführt werden sollen.

010601

Dienstleistungen für die Verwaltung/Hauptamt

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015: 9,47

kw-Vorschlag: -0,5

Die Realisierung eines kw-Vermerkes käme nur bei der Besetzung der Infothek und Telefonzentrale in Betracht, da die übrigen Aufgaben (Poststelle, Botendienst in geringem Umfang, Druckereitigkeiten, Beschaffungen) im Interesse der Gesamtverwaltung täglich zeitnah erledigt werden müssen. Eine Reduzierung der Personalstärke im Bereich Infothek/Telefonzentrale würde längere Wartezeiten der Besucher/innen und Anrufer/innen mit sich bringen sowie eine erhebliche Verkürzung der Besetzungszeiten der Infothek an allen Nachmittagen und das Streichen der Besetzung am Samstagvormittag erfordern.

010604

Technische Dienstleistungen/Bauhof

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015: 55,25

kw-Vorschlag: -5,0

Die AFD schlägt eine 9,1-prozentige Stellenkürzung vor. In den letzten Jahren wurden wiederholt Organisationsuntersuchungen durchgeführt. Der Zentrale Bauhof wurde im Jahre 2002 durch die Fa. Kienbaum, im Jahre 2004 durch die FA. Kohtes & Sauter und nochmal im Jahre 2011 durch die Firma BSL untersucht. Dabei wurde bestätigt, dass der heutige Stellenansatz für die Aufgabenstellung angemessen ist. In der letzten Zeit wurden sukzessive zusätzliche Aufgaben übertragen, ohne dass eine Anpassung des Personalbestandes in gleichem Maße vorgenommen wurde. Reduzierungen in diesem erheblichen Umfang führen unweigerlich zu erheblichen Folgen im Stadtbild, da weniger Personalressourcen für die Kanalunterhaltung, die Pflege und Unterhaltung der Grünflächen, Kinderspielplätze, Sportplätze und Außenanlagen von Schulen und Kindergärten sowie Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze zur Verfügung stehen. Eine Stellenreduzierung ohne Reduzierung des Aufgabenbestandes ist aus Sicht des Fachamtes nicht möglich.

010605

Fuhrparkmanagement

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015: 3,40

kw-Vorschlag: -0,4

Die Allianz schlägt eine 11,8-prozentige Stellenkürzung vor. In der KFZ-Werkstatt arbeiten 3 Mitarbeiter. Dies ist sowohl vom Aufgabenbestand her als auch aus Arbeitssicherheitsaspekten heraus der minimale Personalbesatz. Arbeiten an Fahrgestellen und Motoren

werden schon heute im Regelfall vergeben. Die KFZ-Werkstatt hat sich spezialisiert auf Arbeiten an Aufbauten, an der Hydraulik, der Mechanik und der Elektronik der Fahrzeuge (z.B. Müllfahrzeuge, Kehrmaschinen, Winterdienstgeräte), die so zeitnah und vor Ort erledigt werden können. Für solche Arbeiten stehen ortsnah keine Fachwerkstätten zur Verfügung. So können längere Ausfallzeiten vermieden werden, so dass der Bestand an Reservefahrzeugen gering und die Mietkosten für Leihfahrzeuge vermieden werden. Die Miete für ein Müllfahrzeug kostet je Einsatztag rund 400 €.

Große Teile der Personalkosten sind durch Gebühreneinnahmen refinanziert. Eine Senkung der Personalausgaben führt zur Senkung der Einnahmen in gleicher Höhe, so dass der Haushalt nicht entlastet wird. Die Wirtschaftlichkeit der KFZ-Werkstatt wurde außerdem aktuell von der Organisationsabteilung geprüft und bestätigt. Eine Stellenreduzierung ist aus Sicht des Fachamtes nicht möglich.

010607	Verwaltungsdienstleistungen für das Baudezernat
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	5,12
kw-Vorschlag:	-1,0

Im Rahmen der Umstrukturierung des Amtes 60 reduzierte sich die Anzahl der Vollzeitstellen des Amtes von 16,63 im Jahr 2011 auf 14,73 im Jahr 2014. Eine weitere Reduzierung erfolgt im Jahr 2015 durch die Neubesetzung einer Stelle bei Realisierung eines kw-Vermerkes auf nunmehr 14,50 Vollzeitstellen:

Produkt	Stellen 2011	Stellen 2015	Differenz
010607	6,52	5,12	-1,40
100101	9,51	8,82	-0,69
100301	0,60	0,56	-0,04
Gesamt:	16,63	14,50	-2,13

Durch die Wahrnehmung der Sachgebietsleitung Bauaufsicht und Amtsleitung 60 in Personalunion konnte allein 0,5 Vollzeitstelle eingespart werden. Weiteres Einsparungspotenzial wurde durch Wegfall der Stelle SB Interne Dienste und Aktenverwaltung erzielt. Die Arbeiten wurden organisatorisch auf andere Mitarbeiter/innen im Bereich der Bauaufsicht verlagert.

Angesichts der bereits erfolgten Stellenreduzierungen würde durch eine weitere Kürzung die Abwicklung der Beitragsabrechnungen und vor allen Dingen die Erstellung der für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne notwendigen und umfangreichen Durchführungsverträge nicht zeitnah ermöglicht. Auch die Abwicklung des IHK, die in den nächsten Jahren im Bereich der Abwicklung von Fördermaßnahmen ansteht, bedarf einer steten und zeitintensiven Betreuung.

010608	Dienstleistungen der Zentralen Vergabestelle
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	1,22
kw-Vorschlag:	-0,22

Es sind umfangreiche Vorbereitungen und Prüfungen notwendig, die aus gestiegenen Anforderungen an das formelle Verfahren öffentlicher Vergaben resultieren. Dies führt dazu, dass die rechtmäßige und wirtschaftliche Durchführung von Vergabeverfahren unter dem Gesichtspunkt der Korruptionsprävention mit geringeren Stellenanteilen nicht zu gewährleisten ist. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass es sich bei den 0,22 VZK um Overheadanteile handelt, die nach NKF zwingend vorgeschrieben sind.

010701	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	2,37
kw-Vorschlag:	-0,37

<p>Die Pflege und Betreuung des städtischen Internetauftritts, die Erstellung von Veröffentlichungen der Ämter unter Berücksichtigung des CD der Stadt sowie die Herausgabe der amtlichen Veröffentlichungen binden den größten Anteil der vorhandenen Stellenkapazitäten. Bei Realisierung des vorgeschlagenen kw-Vermerks würde der weitere Ausbau des Internets verzögert, insbesondere der Bereich des Bürgerservices. Hier muss das Zusammenspiel mit D 115 umgesetzt werden. Eine Stellenkürzung würde daher im Bürgerservice zu Einschränkungen führen. Des weiteren müssten Broschürenentwürfe vermehrt fremdvergeben werden und Aufgaben wie die Redaktion von Bürgerbroschüren, die regelmäßige Aktualisierung von Bürgerinfomappen und die fotografische Begleitung städtischer Veranstaltungen aller Art würden stark eingeschränkt werden müssen oder ganz entfallen.</p> <p>Derzeit ist die Stadt mit verschiedenen Auftritten im Bereich Social media vertreten. Diese sollen überprüft und ggfs. konzeptionell überarbeitet werden und in ein Gesamtkonzept eingebunden werden. Weiterhin müssen Richtlinien für die Mitarbeiter entwickelt werden. Diese dienen dem Schutz der Mitarbeiter. Diese Tätigkeiten könnten bei der beantragten Stellenkürzung nicht oder nur sehr eingeschränkt wahrgenommen werden.</p>	
010801	Personalmanagement
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	2,05
kw-Vorschlag:	-0,2
<p>Personalauswahlverfahren und die Ausbildung von Nachwuchskräften sind unverzichtbare Aufgaben des Produktes, die bei zunehmend größer werdenden Problemen mit der Suche nach und der Einstellung von qualifizierten Bewerber/innen steigende Zeiteanteile binden. Die Bearbeitung des Stellenplans ist eine unverzichtbare gesetzliche Aufgabe. Hierzu zählt auch die Stellenbemessungsprüfung bei Anträgen zum Stellenplan. Ein Verzicht auf diesen Aufgabenanteil wäre deshalb bereits unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht sinnvoll.</p>	
010804	Personalservice
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	13,78
kw-Vorschlag:	-3,78
<p>Im Produkt sind 13,78 Vollzeitstellen (davon 8 Springerstellen) enthalten. Mit Aufgaben des Sachgebietes Personalservice sind somit lediglich 5,78 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Sämtliche Aufgaben der Personalbetreuung (von der Personalauswahl über die Einstellung bis zur Beendigung des Arbeits-/Dienstverhältnisses), Beihilfen, Kindergeld, Beratung der Vorgesetzten zu Personalfragen, Gesundheitsschutz/Arbeitsschutz werden von diesen Mitarbeitern erledigt. Eine Verringerung der Stellenzahl würde nicht nur zu einer verzögerten Bearbeitungsdauer führen, sondern einzelne Aufgaben könnten nicht mehr erledigt werden. Dies ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Die Zahl der Springerstellen ist bereits im Zusammenhang mit dem BSL-Gutachten deutlich reduziert worden.</p>	
010901	Haushaltsangelegenheiten
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	5,92
kw-Vorschlag:	-0,92
<p>Die vom Gesetzgeber geforderte Aufstellung des Haushalts, die Erstellung des Jahres- und des Gesamtabschlusses könnte ebenso wie das Beteiligungsmanagement und das Controlling nicht in dem geforderten Maße erfolgen. Hierfür ist ein umfangreiches Fachwissen notwendig, das in den letzten Jahren immer weiter verkompliziert worden ist. Die sachgerechte Bearbeitung ist mit einem reduzierten Personalbestand nicht möglich. Eine Stellenreduzierung wäre hier kontraproduktiv.</p>	
010906	Buchhaltungsangelegenheiten
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	10,15
kw-Vorschlag:	-1,0
<p>Eine Verringerung der Stellen ist nicht möglich, da in den vergangenen Jahren die Zahl der zu buchenden Anordnungen und der zu vereinnahmenden Zahlungen angestiegen ist. Als Beispiel sind hier der Ausbau der Kindertagesplätze im Bereich der U3 und Ü3-Plätze zu</p>	

nennen. Hinzu kommt die Klärung von nicht zuzuordnenden Zahlungen, Bearbeitung von Erstattungen, Verwaltung der Sepa-Lastschrift-Mandate, befristeten und unbefristeten Niederschlagungen etc.	
010907	Vollstreckungsangelegenheiten
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	5,23
kw-Vorschlag:	-0,5
Die GPA NRW hat nach ihrer Prüfung der Zahlungsabwicklung der Stadt Hilden im Dezember 2009 festgestellt, dass die Personalressourcen im Bereich der Vollziehungskräfte unterdurchschnittlich sind. Die GPA weist darauf hin, dass bei steigenden Fallzahlen Einnahmeverluste durch Erreichen von stellenbezogenen Kapazitätsgrenzen zu erwarten sind. Weil sich an der Gesamtsituation nichts geändert hat, wäre eine Streichung von Stellen die falsche Vorgehensweise. Mit Einnahmeverlusten wäre zu rechnen.	
010908	Verwaltung der Steuern und sonstigen Abgaben
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	4,83
kw-Vorschlag:	-0,5
Zunächst muss ausgeführt werden, dass der Großteil der Aufwendungen über Gebühren refinanziert wird. Wie auch im Haushaltsplanentwurf 2015 erläutert, steigen Personalaufwendungen aufgrund einer Aufgabenübernahme der Stadt Hilden an. Die Kanalbenutzungsgebühren werden wieder von der Stadt selbst veranlagt. Die bisherige Praxis, die Gebühren von den Stadtwerken erheben zu lassen, ist nach einem Beschluss des OVG NRW rechtswidrig. Im Gegenzug reduzieren sich jedoch sukzessive die Aufwendungen an die Stadtwerke Hilden für die Gebührenerhebung.	
Eine Reduzierung der Stellenanteile würde weiterhin dazu führen, dass die Gebühren sowie die Steuerveranlagungen mit einem zeitlichen Verzug versandt und die Bürgerinnen und Bürger länger auf ihre Bescheide warten würden. Aufgrund der Verzinsung nach § 233a Abgabenordnung würde eine längere Bearbeitungszeit dazu führen können, dass die Gewerbetreibenden höhere Zinsen zahlen müssen (immerhin beträgt der Zinssatz nach AO noch 6 %) oder die Stadt Hilden bei Gewerbesteuererstattungen ebenfalls Zinsen in gleicher Höhe zahlen muss. Eine nicht zeitnahe Bearbeitung ist außerdem absolut bürgerunfreundlich.	
011001	Technikunterstützte Informationsverarbeitung
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	11,87
kw-Vorschlag:	-1,0
Seit Anfang 2009 erfolgt im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit die komplette IT-Betreuung der Schulen in Erkrath durch die Stadt Hilden. Eine Vollzeitstelle wird vollständig durch die Stadt Erkrath refinanziert. Der IT-Medieneinsatz in den Schulen hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiter erhöht. Dies ist bisher durch Arbeitsverdichtungen und Umorganisationen innerhalb des Sachgebietes aufgefangen worden.	
Eine Verringerung der Stellenausstattung ist nur mit einer Reduzierung der Leistung für die Hildener Schulen möglich (eine Reduzierung der Leistung für die Erkrather Schulen kommt nicht in Betracht, da die Stadt Erkrath für eine vertraglich vereinbarte Leistung zahlt). Eine weitere Reduzierung des IT-Personals für den Bereich der Kernverwaltung würde, wie die BSL-Untersuchung und die Erfahrungen der Nachbarstädte zeigen, zu einem erhöhten Bedarf an externen Dienstleistungen führen, was insgesamt sogar zu höheren Gesamtkosten führen würde.	
011004	Organisationsangelegenheiten

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	1,51
kw-Vorschlag:	-0,51
<p>Aufgaben des laufenden Tagesgeschäfts, Beantwortung aktueller Fragen und Anträge aus den Ämtern, Anpassung von Dienstanweisungen oder Dienstvereinbarungen, Vorbereitung und Durchführung von oder Teilnahme an Arbeitsgruppen innerhalb der Verwaltung sowie besonders die Korruptionsprävention und die Einführung interner Kontrollsysteme in der Gesamtverwaltung sind unverzichtbar für eine wirtschaftliche und gesetzeskonforme Aufgabenerledigung in der Gesamtverwaltung. Lediglich Projekte, insbesondere Organisationsuntersuchungen, könnten entfallen mit der Konsequenz, dass mögliche Einspareffekte nicht realisiert werden können. Bei Vergabe von Untersuchungsaufträgen an externe Berater entstünden weitaus höhere Aufwendungen.</p>	
011101	Rechts- und Versicherungsangelegenheiten
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	2,31
kw-Vorschlag:	-0,31
<p>Die interne Rechtsberatung der Verwaltungsführung und der Ämter muss sinnvollerweise durch die juristischen Mitarbeiter des Sachgebietes Recht und Versicherung weiterhin selbst durchgeführt werden. Bei Realisierung eines kw-Vermerks müssten daher die Prozessvertretungen fremd vergeben werden. Die hierdurch entstehenden Aufwendungen wären höher als die Einsparung von Personalaufwendungen. Hinzu kämen zusätzliche Personalanteile in den Ämtern, die für die Abstimmung zwischen dem Amt und dem beauftragten Anwalt anfielen.</p>	
011201	Grundstücksmanagement – unbebaute Grundstücke
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	2,05
kw-Vorschlag:	-0,5
<p>Nach Auflösung des SG 26.3 Liegenschaften wurde 1 VZ-Stelle eingespart und die Aufgaben entsprechend auf vorhandenes Personal verteilt. Schwerpunkt in diesem Bereich ist der Interessenausgleich bezüglich der städtebaulichen Nutzung und Anspruchskonflikten sowie der Einschätzung der tatsächlichen Wertverhältnisse zwischen den Käufern und Verkäufern. Die bereits anstehenden Planungen insbesondere im Bereich der Vermarktung und Bauleitplanung (Projekte Albert-Schweitzer-Schule, Theodor-Heuss-Schule), könnten nicht durchgeführt werden.</p>	
011301	Gebäudeunterhaltung
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	9,45
kw-Vorschlag:	-0,5
<p>Die Stellenanteile sind weiterhin erforderlich, da bei Wegfall von 0,5 Stellen eine Aufgabenerfüllung „dauernde Gebäudeunterhaltung und Durchführung von Um- und Neubauten“ wie in bisherigen Umfang nicht mehr gewährleistet werden könnte.</p>	
011302	Bewirtschaftung
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	27,84
kw-Vorschlag:	-2,5
<p>Die Stellenanteile sind weiterhin erforderlich, da bei Wegfall von Stellen eine durchgehende Betreuung der Gebäude durch Hausmeister und Aufgabenerledigung im Verwaltungsbereich, u.a. Vermietung von städt. Räumen, Hausverwaltung städt. Objekte, Fremdreinigung, Durchführung der Kosten- und Leistungsrechnung, nicht mehr in bisherigem Umfang durchgeführt werden kann.</p>	
020201	Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	3,51
kw-Vorschlag:	-0,5
Der Aufgabenbereich ist aufgrund eines Korruptionsfalles in 2014 neu organisiert und strukturell gestrafft worden. Hierdurch ist sowohl eine quantitative Stellenreduzierung eingetreten, als auch durch Wegfall einer Sachgebietsleiterstelle und teilweisem Ersatz durch eine Sachbearbeiterstelle eine Reduzierung der Gehaltshöhe. Eine weitere Stellenkürzung ist angesichts der bestehenden Kontrollpflichten nicht möglich.	
020206	Marktangelegenheiten
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	0,85
kw-Vorschlag:	-0,35
Eine Stelleneinsparung ist hier grundsätzlich denkbar, würde aber voraussetzen, dass der Stellenanteil für die Marktmeistertätigkeiten in etwa halbiert werden müsste. Dies hätte zur Folge, dass es in Hilden zukünftig nicht mehr vier, sondern nur noch zwei Wochenmarkttag geben könnte.	
020703	Straßenverkehrsrechtliche Genehmigungen
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	1,22
kw-Vorschlag:	-0,22
Dieser Aufgabenbereich ist eng mit dem Produktbereich 020201 verbunden, da es sich um einen Aufgabenaspekt im Bereich der Allg. Ordnungsangelegenheit handelt. Hierunter fallen auf dem Dienstleistungssektor insbesondere Sondernutzungen und Ausnahmegenehmigungen nach der StVO, deren Anzahl und Bedeutung eine Stellenreduzierung nicht zulassen.	
021001	Zentrale Bürgerdienste
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	6,3
kw-Vorschlag:	-0,3
Eine Stellenreduzierung im Bereich der Zentralen Bürgerdienste (Bürgerbüro) würde zu einer Einschränkung des Dienstleistungsanspruches im Hinblick auf die Publikums- und Beratungszeiten (z.B. Reduzierung der Öffnungszeiten) führen.	
021401	Durchführung von Wahlen
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	0,25
kw-Vorschlag:	-0,25
Die Arbeitsschwerpunkte des Wahlamtes liegen natürlich in den Jahren mit Wahlen. Dann steigt auch der ausgewiesene Personalaufwand. Zwischen den Wahlen fallen aber weiterhin Tätigkeiten wie z.B. Pflege von Wahlausschlüssen, Beantwortung von Anfragen etc. an. Dafür muss Personalkapazität vorgehalten werden. Im Bereich der Besetzung der Wahlvorstände ist die Einführung eines EDV-Verfahrens geplant. Dies ist in der Vorbereitungsphase mit einem deutlichen Personalmehraufwand verbunden.	
030201	Schulverwaltungsangelegenheiten
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	5,44
kw-Vorschlag:	-0,5
Die Stelle für das Schulsekretariat Theodor-Heuss-Schule hat laut Stellenplan einen Umfang von 0,753 VZÄ. Die Hauptschule verfügt in diesem Schuljahr noch über die Jahrgänge 8, 9 und 10. Somit wird der letzte Jahrgang am 31.07.2018 entlassen und die Schule ist anschließend abzuwickeln. Über diesen Zeitpunkt hinaus wird die Schulsekretärin noch ein Jahr im Rahmen der Abwicklung benötigt. Aus den eben genannten Gründen kann an der betreffenden Stelle ein KW-Vermerk angebracht werden, der mit Ablauf des Haushaltsjahres 2019 realisiert werden könnte. Die Stelle ist aufgeteilt auf die Produkte 030201 (58 %) und 030102 (42 %).	
040201	Kulturförderung

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	1,11
kw-Vorschlag:	-0,61
Die Aufgaben und Leistungen der Produkte 040103 und 040201 werden seit vielen Jahren unverändert mit 4,0 VZK erbracht, die allein 80 - 100 Abend- und Wochenenddienste pro Jahr abdecken müssen. Eine Kürzung an dieser Stelle würde zu einem überproportionalen Einschnitt im Leistungskatalog führen.	
040601	Betreiben einer Stadtbücherei
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	10,64
kw-Vorschlag:	-0,64
Im Rahmen des seinerzeitigen BSL-Gutachtens wurde 0,5 VZ-Stelle in der Bücherei eingespart, die nur durch eine Kürzung der Öffnungszeiten realisiert werden konnte. Weitere Personalkürzungen würden auch hier zu überproportionalen weiteren Reduzierungen der Öffnungszeiten führen müssen, die letztlich empfindliche Ertragseinbußen bedeuten würden.	
040801	Stadtarchiv Hilden
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	2,17
kw-Vorschlag:	-0,5
Das Stadtarchiv hat in den letzten Jahren zusätzliche Personenstandsgesetzauflagen übernehmen müssen, ohne dass eine Erweiterung der Personalkapazitäten erfolgt ist. Bei einer Personalreduzierung könnten die Aufgaben, zu denen das Archiv gesetzlich verpflichtet ist, nicht mehr vollständig wahrgenommen werden.	
050301	Hilfe zum Lebensunterhalt (nach SGB XII)
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	5,61
kw-Vorschlag:	-0,5
Eine Kürzung kommt nicht in Betracht, da stetig steigende Fallzahlen zu erhöhtem Aufwand führen. Stellenplananträge und die ausführlich dargestellten Anforderungen an Stelleninhaber/innen lassen keine Personalkürzung zu, vielmehr werden durch das Haupt- und Personalamt derzeit valide Fallzahlschlüssel ermittelt.	
060301	Bereitstellung von Hilfen inner- und außerhalb von Familien
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	15,90
kw-Vorschlag:	-1,5
Vom August 2013 bis Juli 2014 wurde durch das INSO-Institut eine Personalbemessung unter Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes und des Sachgebietes Organisation und Zentrale Dienste durchgeführt. Es wurde ein Stellenmehrbedarf im Produkt 060301 von 1,2 Stellen festgestellt. Die Stellenerhöhung im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe von 2,0 auf 3,0 VZK wurde geprüft und bestätigt. Eine Reduzierung der Stellen ist insofern nicht möglich.	
060305	Beratungsangebote für Familien und Bildung
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	4,33
kw-Vorschlag:	-0,5
Im Produkt 0600305 bündeln sich unterschiedliche Aufgabenbereiche, die jeweils Stellenanteile bündeln. Die Zahlbarmachung von Leistung nach BuT ist pflichtig. Stellenanteile bemessen sich nach einem interkommunalen Stellenbemessungskonzept. Sie können nicht reduziert werden. Die Aufgaben im Bereich des Familien- und Bildungsbüros sind durch Konzepterweiterungen (Leihgroßeltern), Extraschichten und Sonderveranstaltungen, Prävention gegen Kinderarmut (ProTeKt) angewachsen, so dass eine Reduktion nicht möglich ist. Die Stellen der Schulsozialarbeiter nach BuT werden mittlerweile komplett über Drittmittel	

des Kreises finanziert. Die im Stellen- und Haushaltsplan eingeplanten Mittel in Höhe von 83.390 Euro werden durch entsprechende Erträge gedeckt und müssen nun nicht mehr kommunal finanziert werden.

060312**Kindschaftsrechtsangelegenheiten**

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:

3,96

kw-Vorschlag:

-0,46

Im Produkt 060312 bündeln sich Aufgaben der Sachgebiete Soziale Dienste (0,85 VZÄ) und Allg. Verwaltung (3,0 VZÄ).

Im Bereich der Sozialen Dienste sind Adoptionsvermittlung und Mitwirkung im Adoptionsverfahren die Haupttätigkeitsmerkmale. Es handelt sich hier nach §§ 17,18,50,51, 55 SGB VIII, BGB, Adoptionsvermittlungsgesetz, Adoptionswirkungsgesetz und Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetz um pflichtige Leistungen.

Der überwiegende Teil der Leistungen fällt im Bereich des SG Allg. Verwaltung im Bereich der Amtsvormundschaften und Beistandschaften an. Auch diese Leistungen sind pflichtig. Die Mitarbeiterinnen haben Mischarbeitsplätze, in denen zusätzlich zu Beistandschaft und AV auch Beurkundungen und Beratungen durchgeführt werden. Hier wurde der Stellenanteil auf Grund einer GPA-Prüfung vor 5 Jahren um 0,5 VZÄ erhöht.

Die Fallzahlen im Bereich der AV/Beistandschaften sind kontinuierlich hoch, sie liegen mit ca. 520 Fällen bereits über den (nur für AV und Beistandschaften) für angemessen bewerteten Zahlen des Landesjugendamtes (160 pro VZÄ). Zusätzlich werden auch Beurkundungen durchgeführt. Die Fallzahlen steigen kontinuierlich an. (von 222 im Jahr 2012 auf 283 im Jahr 2014). Auch der Bereich der Beratungen ist in permanentem Anstieg, da immer mehr junge Volljährige die Beratung der Fachstelle in Anspruch nehmen (müssen). Eine Reduktion von Stellenanteilen ist nicht darstellbar.

060316**Psychologische Beratungsstelle**

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:

7,45

kw-Vorschlag:

-0,45

Gesetzliche Pflichtaufgaben und ihre Erfüllung im Produkt 060316:

Die Beratungsstelle erfüllt im Produkt 060316 die kommunale Pflichtaufgabe niedrigschwelliger Erziehungs- und Familienberatung nach § 28 SGB VIII. Diese dient der frühzeitigen Prävention von schwierigen Entwicklungsverläufen von Kindern und Jugendlichen, die sonst Gefahr laufen, kostenintensivere andere Leistungen nach SGB VIII in Anspruch nehmen zu müssen. Inhaltlich überwiegen schwierige Beratungsthemen wie Trennung/Scheidung, Kindeswohlgefährdung, multiple Problemlagen, komplexe Leistungsdiagnostik des Kindes – insgesamt immer bei mehr als der Hälfte aller Familien in der Beratung. Durch eine Stellenkürzung in diesem Bereich wären daher mittelfristig Kostensteigerungen an anderer Stelle zu erwarten.

Die Beratungsstelle wird gemeinsam von Hilden und Haan betrieben, in der geltenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung von 1996 ist der bis heute bestehende Stellenplan aus 5,8 Fachkräften festgeschrieben. Außerdem verlangt das Land NRW einerseits zur Förderung der Beratungsstelle (etwa 10%ige Mitfinanzierung) eine breit multiprofessionelle Zusammensetzung (mindestens drei verschiedene Professionen), andererseits erfüllt die Beratungsstelle die kommunal schulpyschologischen Aufgaben, die durch die Vereinbarung des Landes NRW mit dem Kreis Mettmann zur schulpyschologischen Versorgung von 2007 / 2012 mit konkreten Stellenanteilen festgeschrieben sind.

Das Angebot der Beratungsstelle wird langjährig in hohem Maß von den Hildener und Haaner Familien und Fachkräften intensiv genutzt. Persönliche Anmeldezahlen sind stetig wachsend (2012: 620, 2013: 635, 2014: 645 Fälle), die offene Beratungspräsenz mit auch anonymen Beratungen und Fachvorträgen etc. in Familienzentren, Kitas und Schulen wird den Landeskonzepten zu Familienzentren gemäß stark ausgebaut (2011: 25 Termine, 2014: über 80 Termine).

Zusammenfassung:

<p>Eine bedeutsame Ausweitung der Personalressourcen in der Familien- und Erziehungsberatung wäre das eigentliche Zukunftssignal zur Umkehr wachsender Kosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Eine Streichung von Stellenanteilen würde zum jetzigen Zeitpunkt sowohl die verschiedenen genannten vertraglichen Verpflichtungen der Stadt Hilden als auch die Voraussetzungen zur Förderung der Beratungsstelle durch das Land NRW im Kern betreffen. Es ist außerordentlich fraglich, ob eine Prüfung dieser Verpflichtungen zu einer für die städtische Aufgabenerfüllung unschädlichen Lösung mit Reduktion des Stellenkontingents führen kann. Von der derzeit umfassenden Auslastung der Beratungsressourcen her würde eine Streichung von Stellenanteilen nur über die Abgabe von Tätigkeitsfeldern an externe Fachstellen umsetzbar sein. Der Verlust an Synergie, der durch eine derartige Trennung von Fachbereichen zu gewärtigen wäre, dürfte dann allerdings schon bald zu Kostensteigerungen an anderer Stelle führen.</p>	
080102	Bau und Betrieb von Sportaußenanlagen
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	0,7
kw-Vorschlag:	-0,3
<p>Bei den Streichungen kann weder die Betriebs- und Verkehrssicherheit der Infrastruktur noch die Umsetzung der beschlossenen Projekte gewährleistet werden. Die Stadt käme ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nach.</p>	
090101	Stadtplanung
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	5,01
kw-Vorschlag:	-0,5
<p>Von den 5,01 Stellen sind seit Jahren 0,14 VZK aus familiären Gründen nicht besetzt, müssen aber für eine evtl. Rückkehr aus der Beurlaubung vorgehalten werden. Die geographische Struktur Hildens bedeutet bei Umplanungen ein komplexes Abwägen aller Möglichkeiten. Die regelmäßige Abstimmung mit überörtlichen Planungsträgern ist wichtig z.B. für die Umsetzung des neuen Regionalplans der BezReg. Düsseldorf. Die vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen des IHK könnten nicht durchgeführt werden.</p>	
090301	Vermessungs- und Geodatenmanagement
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	6,95
kw-Vorschlag:	-1,5
<p>Auch hier sind 0,5 VZK aus familiären Gründen nicht besetzt und müssen weiter vorgehalten werden. Zudem sind zwei Stellen mit kw-Vermerken von jeweils 0,5 VZK ausgewiesen. Bereits durch die Auflösung des SG 26.3 Liegenschaften wurden die entsprechenden Aufgaben ohne Stellenzuwachs in das SG Vermessung integriert. Insofern wurde hier auch der Vorschlag des BSL-Gutachtens umgesetzt.</p> <p>Die umfangreichen Planungsprozesse der übrigen Ämter/Sachgebiete beinhalten stets auch umfassende Ingenieurs- und Katastervermessungen. Die Zahl der durch die Stadt bearbeiteten Vermessungsaufträge wird sich bei einer weiteren Reduzierung verringern und ggf. von externen Vermessungsbüros durchgeführt werden müssen.</p>	
090501	Grundstücksneuordnung und -wertermittlung
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	1,15
kw-Vorschlag:	-1,15
<p>Im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Sachgebiete Vermessung und Liegenschaften wurden zum 01.01.2013 in diesem Produkt 0,55 VZK eingespart. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Aufgaben im Bereich der Liegenschaftsverwaltung (Produkt: 011201) übernommen. Diese Einsparung war nur möglich, weil die Aufgaben im Bereich der Umlegung erheblich „heruntergefahren“ wurden. Weitere Einsparungen sind nicht möglich, da immer wieder Anfragen zu abgeschlossenen Umlegungsregelungen zu beantworten und ggfs. Sachverhalte neu zu bewerten sind.</p>	

Weiterhin beinhalten die dem Produkt 090501 zugeordneten Stellenanteile auch die gesetzliche Pflichtaufgabe zur Prüfung und Bescheidung der Vorkaufsrechte gemäß BauGB. Die Anzahl der Prüfungen zur Ausübung des Vorkaufsrechts wird aufgrund der hohen Fluktuation auf dem Hildener Immobilienmarkt auf hohem Niveau konstant bleiben. Kommunale Wertermittlung ist Voraussetzung für den Ankauf und Verkauf von Grundstücken durch die Stadt – unabhängig davon, ob die Grundstücke als Straßenverkehrsfläche dienen oder es sich um Wohnbau- oder Gewerbebauflächen handelt. Deshalb ist eine weitere Einsparung von Personalressourcen aus Sicht des Fachamtes im Produkt 090501 nicht durchführbar.

100402	Wohnungsangelegenheiten
---------------	--------------------------------

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	1,42
---------------------------	------

kw-Vorschlag:	-0,42
---------------	-------

Seit der Übernahme der Aufgabe vom Amt I/26 ist z.B. die Zahl der ausgestellten Wohnberechtigungsscheine von 347 im Jahr 2013 auf 421 im Jahr 2014 gestiegen. Eine Stellenkürzung kommt daher nicht in Betracht. Weiterhin werden die 2013 übergebenen Akten hinsichtlich der Bestands- und Besetzungskontrolle von öffentlich gefördertem Wohnraum aufgearbeitet. Von I/26 wurde eine Vollzeitstelle übergeben.

100501	Wohngeld
---------------	-----------------

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	1,66
---------------------------	------

kw-Vorschlag:	-0,4
---------------	------

Im Bereich Wohngeld steigen derzeit die jährlichen Berechnungen an. Zum 31.12.2014 waren 1.228 Berechnungen zu verzeichnen. Bei einem Fallzahlenschlüssel von derzeit 1:700 ergeben sich daraus 1,754 Vollzeitäquivalente. Des Weiteren ist das Widerspruchsverfahren neu zum 01.01.2015 eingeführt worden.

100801	Hilfen für Wohnungslose
---------------	--------------------------------

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	4,55
---------------------------	------

kw-Vorschlag:	-0,55
---------------	-------

Das Produkt betrifft neben den Obdachlosen auch die Betreuung der Unterkünfte der Asylbewerber und Aussiedler. Durch die erhebliche Steigerung der Asylanträge und erneute Zuweisung von Aussiedlern und Kontingentflüchtlingen ist eine Absenkung der Stellen undenkbar.

110202	Abfallwirtschaft
---------------	-------------------------

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	26,42
---------------------------	-------

kw-Vorschlag:	-1,5
---------------	------

Die AfD schlägt eine 5,7-prozentige Stellenkürzung vor. Die Abfallentsorgung agiert auf einem hohen Leistungsniveau. Die Abfallgebühren sind auf einem sehr günstigen Niveau. Dies wird regelmäßig auch durch den Bund der Steuerzahler bestätigt. Der Personalschlüssel ist so knapp bemessen, dass saisonal auf Mitarbeiter aus anderen Bereichen zurückgegriffen werden muss. Sollte es zu einer Stellenkürzung kommen, müssten zusätzliche Angebote wie z.B. werktägliche Öffnung des Wertstoffhofes, Annahme von Bauschutt und Mischmüll oder Sperrgutexpress eingestellt werden.

Zuletzt wurde in der Abfallbeseitigung im Jahre 2006 eine zusätzliche Stelle eingerichtet, da ein werktäglich geöffneter Wertstoffhof eingerichtet wurde. Seitdem gab es keinerlei Änderungen. Die Personalkosten sind durch Gebühreneinnahmen refinanziert. Eine Senkung der Personalausgaben führt zur Senkung der Einnahmen in gleicher Höhe, so dass der Haushalt nicht entlastet wird.

Eine Stellenreduzierung ist aus Sicht des Fachamtes nicht möglich.

110302	Stadtentwässerung
---------------	--------------------------

Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	6,60
kw-Vorschlag:	-0,6
<p>Baugenehmigungsverfahren werden verzögert. Sanierungsfristen aus Ordnungsverfügungen der Unteren Wasserbehörde zu Abwassereinleitungen können nicht eingehalten werden. Vom Rat beschlossenes Abwasserbeseitigungskonzept wird verzögert umgesetzt.</p> <p>Bei den Streichungen kann weder die Betriebs- und Verkehrssicherheit der Infrastruktur noch die Umsetzung der beschlossenen Projekte gewährleistet werden. Die Stadt käme ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nach.</p>	
120101	Verkehrsflächen und Brücken
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	8,07
kw-Vorschlag:	-1,0
<p>Verkehrssicherungspflicht kann nicht erfüllt werden. Bürgerwünsche können nicht mehr bearbeitet werden. Verkehrsrechtliche Genehmigungen für Firmen werden verzögert.</p> <p>Bei den Streichungen kann weder die Betriebs- und Verkehrssicherheit der Infrastruktur noch die Umsetzung der beschlossenen Projekte gewährleistet werden. Die Stadt käme ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nach.</p>	
120105	Straßenreinigung und Winterdienst
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	13,27
kw-Vorschlag:	-1,0
<p>Die AfD schlägt eine 7,5-prozentige Stellenkürzung vor. Die Stadtreinigung teilt sich auf in die maschinelle Fahrbahnreinigung, die Reinigung der Stadtbezirke (z.B. Kinderspielplätze, Bushaltestellen, Grün- und Parkanlagen) sowie die Handreinigung von Parkstreifen, Rinnsteinen und sonstigen problematischen Sonderflächen, die in der maschinellen Reinigung nicht oder nur teilweise bearbeitet werden können. Eine Reduzierung der Stellenzahl geht zu Lasten der Handreinigung. Die Straßenreinigung würde dann fast nur noch von der Kehrmaschine ausgeführt.</p> <p>Die Personalkosten sind durch Gebühreneinnahmen refinanziert. Eine Senkung der Personalausgaben führt zur Senkung der Einnahmen in gleicher Höhe, so dass der Haushalt nicht entlastet wird. Eine Stellenreduzierung ohne Reduzierung des Aufgabenbestandes ist aus Sicht des Fachamtes nicht möglich.</p>	
130101	Grünflächen, Spielplätze und Fließgewässer
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	3,51
kw-Vorschlag:	-0,5
<p>Bei den Streichungen kann weder die Betriebs- und Verkehrssicherheit der Infrastruktur noch die Umsetzung der beschlossenen Projekte gewährleistet werden. Die Stadt käme ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nach.</p>	
130303	Wald- und Forstwirtschaft
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	6,42
kw-Vorschlag:	-0,42
<p>Ausbildungsplatz für Forstwirt kann nicht mehr bereitgestellt werden. Einnahmen aus Holzverkauf sinken wegen fehlendem Holzeinschlag. Spazierwege müssen gesperrt werden, da Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann. Personalbereitstellung für Straßenwinterdienst nicht mehr möglich.</p> <p>Bei den Streichungen kann weder die Betriebs- und Verkehrssicherheit der Infrastruktur noch die Umsetzung der beschlossenen Projekte gewährleistet werden. Die Stadt käme ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nach.</p>	

130601	Bestattungswesen
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	15,66
kw-Vorschlag:	-1,5
<p>Die AfD schlägt eine 9,6 % Stellenkürzung vor. In den Jahren 2002 ff wurden durch Reorganisationsmaßnahmen 5,5 Stellen im Bestattungswesen abgebaut. In den letzten Jahren konnten durch mehrere Änderungen bei den Bestattungsformen und durch Ausweitung von Bestattungszeiten die Beisetzungszahlen von rund 540 Beisetzungen jährlich auf derzeit über 600 Beisetzungen gesteigert werden. Die Friedhofsgebühren konnten so im Jahre 2015 gesenkt werden. Auch für das Jahr 2015 sind mehrere Maßnahmen geplant. Eine Personalreduzierung könnte nur durch eine Senkung des Angebotes und der Servicezeiten kompensiert werden.</p> <p>Die Personalkosten sind durch Gebühreneinnahmen refinanziert. Eine Senkung der Personalausgaben führt zur Senkung der Einnahmen in gleicher Höhe, so dass der Haushalt nicht entlastet wird. Eine Stellenreduzierung ist aus Sicht des Fachamtes nicht möglich.</p>	
150101	Wirtschaftsförderungsangelegenheiten
Gesamt-VZK lt. Stpl 2015:	3,14
kw-Vorschlag:	-1,0
<p>Das Personalbudget 150101 Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsangelegenheiten ist mit 3,14 Stellen im Stellenplan bemessen. Eine Reduktion um eine Stelle bedeutet einen Personalabbau von rund 32%. Es ist das Ziel der Hildener Wirtschaftsförderung, die Einnahmesituation in der Gewerbesteuer sowie die Anzahl der Arbeitsplätze in Hilden zu stabilisieren oder gar zu verbessern. Um das zu erreichen, nutzt das Amt vier verschiedene Strategien:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ansiedlung: Wirtschaftsförderung veräußert und vermittelt Flächen für Unternehmen aus Gewerbe, Industrie und Dienstleistung. Dabei betreibt sie eine vorsorgende Liegenschaftspolitik. 2. Bestandspflege: Wirtschaftsförderung betreibt Kontaktpflege zu den lokalen Unternehmen. Jährlich werden 50 Unternehmen besucht. 3. Marketing: Wirtschaftsförderung betreibt Standortmarketing für den Wirtschaftsstandort Hilden. Dabei bringt sie jährlich eine Veröffentlichung heraus. 4. Veranstaltungen: Wirtschaftsförderung gestaltet das lokale Gesellschaftsleben der Wirtschaft mit. Sie organisiert vier wirtschaftsspezifische Veranstaltungen pro Jahr. <p>Eine Stellenreduktion um ein Drittel in der Wirtschaftsförderung würde nach überschlägiger Einschätzung mit folgenden Veränderungen einhergehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Einnahmereduktion der Gewerbesteuer von rund 1 Mio. pro Jahr durch Einschnitte in der vorsorgenden Liegenschaftspolitik und Flächenvermittlung sowie bis zu 15% weniger Existenzgründungen b) Verzicht auf zwei Veranstaltungen im Jahr (Unternehmertag + Ausbildungsbörse) 	